

Eingangsvermerke



BUS

Antrag auf

- Erteilung
 Verlängerung

einer Erlaubnis nach § 27 Abs. 1 Sprengstoffgesetz (SprengG) im nicht gewerblichen Bereich

- zum Erwerb von explosionsgefährlichen Stoffen
 zum Umgang mit pyrotechnischen Gegenständen (zur Begrifflichkeit siehe § 3 Abs. 2 Nr. 1 SprengG)

1. Angaben zur Person

Name, Vorname(n), ggf. frühere Namen		Staatsangehörigkeit(en)		
Geburtsdatum	Geburtsort			
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> divers	
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)				
weitere Wohnungen				
Wohnanschrift des Antragstellers in den letzten 5 Jahren				
von	bis	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort – Landkreis – Land sowie Staat (im Falle einer ausländischen Adresse)		
_____	-	_____	_____	
_____	-	_____	_____	
_____	-	_____	_____	
Personalien des Antragstellers				
Angaben zum <input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass				
Nr.	ausstellende Behörde		Ausstellungsdatum	
Freiwillige Angaben:	Telefon	Telefax	E-Mail	
Ich besitze folgende einschlägige Erlaubnisse:				
<input type="checkbox"/> Waffenbesitzkarte	<input type="checkbox"/> Munitionserwerbsschein	<input type="checkbox"/> Waffenschein	<input type="checkbox"/> bereits nachstehenden Jagdschein	
Art der Erlaubnis	Nr.	ausstellende Behörde	Ausstellungsdatum	gültig bis

Fachkunde nachgewiesen durch (Belege sind beizufügen)

- Zeugnis über die erfolgreiche Teilnahme an einem staatlichen oder staatlich anerkannten Lehrgang für die beabsichtigte Tätigkeit **oder**
- Urkunde über das Bestehen einer Prüfung vor der zuständigen Behörde **oder**
- Bescheinigung über eine mindestens 3-jährige praktische, einschlägige Tätigkeit, sofern die Tätigkeit geeignet war, die erforderliche Fachkunde zu vermitteln, **oder**
- Bescheinigung über den Abschluss einer einschlägigen Ausbildung an einer Hochschule, Fachhochschule oder Technikerschule und über eine mindestens 1-jährige praktische, einschlägige Tätigkeit, sofern die Tätigkeit geeignet war, die erforderliche Fachkunde zu vermitteln **oder**
- Bescheinigung für Unionsbürger oder Staatsangehörige eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweiz im Sinne von §§ 39 oder 40 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz

Beantragte Mengen (genaue Bezeichnung)

kg	Stoff
kg	Stoff
Stck	Gegenstand
Stck	Gegenstand
m	Sprengschnur
m	Zündschnur

Bedürfnis (Diese Beantwortung entfällt bei pyrotechnischen Gegenständen)

<input type="checkbox"/> Laden und Wiederladen von Patronenhülsen	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Vorderladerschießen	
verbundene Aufbewahrung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein mit der beabsichtigten Tätigkeit
Gründe	

Aufbewahrungsort (genaue Beschreibung der Aufbewahrungsstätte, möglichst mit Fotos dokumentieren)

--

2. Angaben zur Art

2.1 der explosions-gefährlichen Stoffe	
2.2 der pyrotechnischen Gegenstände	

3. Angaben über

3.1 Art der beabsichtigten Tätigkeit

Laden und Wiederladen von Patronenhülsen

Vorderladerschießen

3.2 Art der beabsichtigten Tätigkeit

auf zugelassenen Schießständen

4. Bemerkungen

5. Angaben zur persönlichen Zuverlässigkeit und Eignung

**Ich bin /
Ich habe**

nicht vorbestraft.

wegen folgender Straftaten rechtskräftig verurteilt (nur Verurteilungen, deren Rechtskraft nicht länger als 10 Jahre zurückliegen).

in den letzten 10 Jahren nicht Mitglied in einem Verein gewesen, der unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot unterliegt.

in den letzten 10 Jahren nicht Mitglied in einer Partei gewesen, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat.

in den letzten 5 Jahren nicht als Mitglied einer Vereinigung oder eine solche Vereinigung unterstützt oder selbst Bestrebungen verfolgt, die

- gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind,
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden

nicht innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als einmal wegen Gewalttätigkeit mit richterlicher Genehmigung in polizeilichem Präventivgewahrsam gewesen

**Ich bin seit
10 Jahren**

- nicht Mitglied in einem Verein, der unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot unterliegt.
- nicht Mitglied in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat.
- nicht wiederholt oder gröblich gegen die Vorschriften des SprengG, des Waffengesetzes, des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen, des Bundesjagdgesetzes oder des Arbeitsschutz-, Chemikalien-, Gefahrgut-, Immissions- schutz-, Gewässerschutz- oder Bergrechts verstoßen.

Ich bin

- nicht in meiner Geschäftsfähigkeit beschränkt oder geschäftsunfähig.
- nicht abhängig von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln.
- nicht psychisch krank oder debil.

Ich leide

- nicht an: – schwerer Sehschwäche, – Nachtblindheit, – Farbuntüchtigkeit, – Hirnverletzungen, – schwerer Herz-Kreislaufkrankung, – Diabetes, – Anfallsleiden, – Geisteskrankheiten, – Schwerhörigkeit oder Taubheit, – Lähmungen oder anderen schweren Erkrankungen.

Meine Angaben sind vollständig und entsprechen der Wahrheit.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

Anlagen:

Fachkunde

Foto/s

Wird von der Behörde ausgefüllt!

Stellungnahme der Stadt / Gemeinde

Personenbezogene Daten des Antragstellers stimmen mit den meldeamtlichen Unterlagen überein ja nein

Anmelde-Datum des Antragstellers mit Hauptwohnung Nebenwohnung

Anschrift der weiteren Wohnung

gewöhnlicher Aufenthalt des Antragstellers

Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Antragstellers bestehen nicht bestehen aus folgenden Gründen:

(z. B. wegen schwerer oder wiederholter Verbrechen oder Vergehen gegen Strafgesetze, Trunksucht, Rauschgiftsucht, Neigung zu Ausschreitungen, Rohheitsdelikte usw., Geisteskrankheit, Geistesschwachheit, körperliche Mängel, Geschäftsunfähigkeit usw.):

Körperliche Mängel sind gegeben ja nein

Wenn ja, Gründe angeben

Ort, Datum

Unterschrift

Stellungnahme der Polizeidienststelle

Anhängiges Straf-, Bußgeld- oder Ermittlungs-Verfahren ja nein

Bemerkungen, sonstige Angaben

Ort, Datum

Unterschrift

Vermerke der Verwaltungsbehörde

1. Anfragen an

1.1 Meldebehörde <input type="checkbox"/> liegt bereits vor	
1.2 BZR unbeschränkte Auskunft (§ 41 Abs. 1 Nr. 9 BZRG)	
1.3 Polizeidienststelle <input type="checkbox"/> liegt bereits vor	
1.4 Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister	
1.5 Verfassungsschutzbehörde	
1.6 Ausländerbehörde	
2. Wiedervorlage	

3. Persönliche Zuverlässigkeit liegt vor, denn

- a) BZR (§ 41 Abs. 1 Nr. 9 BZRG) ohne relevante Eintragungen _____
- b) auf erneute Zuverlässigkeitsprüfung kann nach § 8 Abs. 4 Satz 2 SprengG
verzichtet werden _____
- Ergebnis und Rechtsgrundlage

	Datum	Namenszeichen

4. Fachkunde nachgewiesen _____

Prüfungszeugnis-Nr. _____

	Datum	Namenszeichen

5. Bedürfnis anerkannt nicht notwendig _____

Aktenzeichen _____

6. Erlaubnis § 27 Abs. 1 SprengG erteilt _____

Im Verzeichnis eingetragen unter _____

	Nummer	Datum	Namenszeichen
	Nummer		

7. Gültig bis (in der Regel 5 Jahre gemäß § 27 Abs. 2 Satz 1 SprengG)

	Betrag	EUR	Block / Blatt-Nr.		

9. Erlaubnis ausgehändigt mit PZU übersandt am _____

10. Zum Vorgang _____

Empfangsbestätigung

Unterschrift des Empfängers

Ort, Datum der Behörde

Unterschrift des Sachbearbeiters der Behörde